

„Monaco trotz eingeschränkter Souveranität Mitglied des Europarates" in Lëtzebuerger Journal (6. Oktober 2004)

Quelle: Lëtzebuerger Journal. Politik, Finanzen & Gesellschaft. 06.10.2004. Luxemburg: Editions Lëtzebuerger Journal S.A.

Urheberrecht: (c) Lëtzebuerger Journal

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/monaco_trotz_eingeschränkter_souveranität_mitglied_des_europarates"_in_letzebuerger_journal_6_oktober_2004-de-0dfe3f8d-b6d0-47a5-b607-e6d754344962.html](http://www.cvce.eu/obj/monaco_trotz_eingeschränkter_souveranität_mitglied_des_europarates)

Publication date: 18/09/2012

Monaco trotz eingeschränkter Souveränität Mitglied des Europarats

Hartmut Hausmann

Nach sechsjährigen Verhandlungen zwischen Straßburg, dem Fürstentum und Frankreich ist das Fürstentum Monaco, vertreten durch Prinz Albert, am Dienstag als 46. Mitgliedsland in den Europarat aufgenommen worden. Monaco wird mit seinem Ständigen Vertreter oder dem Außenminister gleichberechtigt im Ministerkomitee vertreten sein und entsendet zwei Abgeordnete in die Parlamentarische Versammlung. Das 196 Hektar große Land mit Fürst Rainier III aus der Grimaldi-Dynastie als Staatsoberhaupt hat eine Wohnbevölkerung von 31 000, wobei die 6 000 Monegassen nur eine Minderheit bilden. Deutlich größer ist mit mehr als 10 000 Bürgern der Anteil der Franzosen und der Italiener (6 500) und der anderer Nationalitäten mit mehr als 9 000 Einwohnern. Hinzu kommen täglich noch etwa 9 000 Pendler, die in dem aufstrebenden Banken- und Dienstleistungszentrum arbeiten.

Obwohl der Beitritt des Zwergstaates im Grundsatz von allen Gremien des Europarates befürwortet wurde, gestaltete sich die Prüfung der Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft außergewöhnlich schwierig, weil nicht nur der Nachweis der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit erbracht werden musste, sondern als erste Voraussetzung überhaupt auch der der staatlichen Souveränität, die bis heute zu einem nicht unerheblichen Teil von Frankreich ausgeübt wird. Ursache ist die französisch-monegassische Konvention von 1930, nach der höhere Stellen in der monegassischen Regierung, einschließlich des Ministerpräsidenten, und im Staatsdienst durch französische Beamte zu besetzen sind.

Vor diesem Hintergrund, aber immer im Bemühen, der gewachsenen Tradition des Landes gerecht zu werden ohne die Interpretationsfähigkeit der Normen des Europarats zu sehr zu strapazieren, hatte die Europaratsversammlung im April nach langen Beratungen zwar grundsätzlich grünes Licht für die Aufnahme des Fürstentums gegeben, aber zugleich festgestellt, dass der Vollzug erst erfolgen dürfe, wenn unter anderem die Befugnisse des Nationalrates (Parlament) so ausgeweitet werden, dass eine Überwachung der Regierungstätigkeit möglich wird, und die Deputierten das Recht auf Gesetzesinitiativen und zur Mitentscheidung über den Haushalt erhalten. Diese Reform wurde inzwischen ebenso eingeleitet wie die der Staatsbürgerschaft. Künftig werden Monegassen bei der Besetzung von hohen Staatsämtern nicht mehr diskriminiert. Wie der Kanzler der Versammlung, Bruno Haller, erklärte, wurden inzwischen neue Gesetze sowohl zur Presse-, zur Versammlungs- und Vereinsfreiheit als auch zur Umsetzung des Grundsatzes der Gleichheit von Mann und Frau auf den Weg gebracht. Das schnell umgesetzte neue Wahlgesetz, mit dem der Fürst bestimmte, dass an Stelle der Einheitsliste auch Elemente der Proportionalität eingeführt wurden, [verzeichnete] bereits einen kleinen Erfolg: Erstmals ist die Opposition mit drei Sitzen im Nationalrat vertreten.

In einem Punkt aber gab der Europarat den Wünschen der Monegassen nach: Das Fürstentum darf seinen Staatsbürgern aufgrund der ungewöhnlichen Bevölkerungsstruktur weiterhin Vorzugsrechte bei der Arbeits- und Wohnungssuche einräumen, damit diese in Monaco arbeiten, leben und wohnen können. Doch nicht nur wegen dieses Entgegenkommens verstummt in Straßburg die Frage nicht, ob es wirklich Sinn macht, dass derartige Kleinstaaten, die aus ihrer eigenen Bevölkerung heraus kaum die inhaltliche Mitarbeit im Europarat leisten können, zumal sie den normalen Anforderungen an eine parlamentarische Demokratie keinesfalls genügen, unbedingt Mitglied werden müssen.